

ENTZAUBERUNGEN DER DEMOKRATIE – THEORIEN DER POSTDEMOKRATIE IM VERGLEICH

Sven Jochem

Universität Konstanz

Mail: svn.jochem@uni-konstanz.de

1 Einleitung

Demokratien sind weltweit auf dem Siegeszug. Nur wenige Staaten meiden gegenwärtig eine explizite demokratische Selbstbeschreibung. Zwar lassen sich für einige Demokratien zum Teil gravierende »Defekte« ausmachen (Merkel et al. 2003, 2006), aber trotz solcher Defekte sind die meisten Länder im Kern ihrer politischen Institutionen und verfassungspolitischen Grundfesten doch als »mehr oder weniger« demokratisch zu klassifizieren. Sie alle verfügen über einen im Kern funktionstüchtigen Wahlmechanismus, mit dem durch freie, gleiche und geheime Wahlen die Möglichkeit zur Abwahl politischer Eliten besteht. Zudem sind verbleibende Defekte demokratischer Volksherrschaft sowie die variierende Qualität von Demokratien durch methodisch versierte Vermessungen demokratischer Herrschaftssysteme immer besser lokalisierbar und vergleichbar gemacht worden (vgl. Merkel i.d.B.). Gleichwohl mehren sich in jüngster Zeit normative Bedenken hinsichtlich der demokratischen Qualität nicht nur der Transformationsländer, sondern auch und vor allem der etablierten Demokratien. Krisenbeschreibungen »der« Demokratie haben gegenwärtig Hochkonjunktur, und sie gipfeln auf unterschiedlichsten theoretischen Wegen im Begriff der *Postdemokratie*.

Manfred G. Schmidt hat in seiner wegweisenden Schrift zur Empirie und Theorie von Demokratien (Schmidt 2010) den Nutzen einer vergleichenden Perspektive auch im Bereich der Demokratietheorie aufgezeigt. Eine solche Perspektive wird in diesem Beitrag aufgenommen und auf die neueren Theorien der Postdemokratie angewandt. Es wird im Folgenden gezeigt, welche politischen Dimensionen und politischen Defizite die unterschiedlichen Theorien der Postdemokratie thematisieren und welche Konsequenzen dies für die zeitgenössische Demokratietheorie hat. Im folgenden Abschnitt werden Krisenszenarien der Demokratie erörtert und gezeigt, dass »die« Krise der Demokratie kein Mythos ist, sondern die Argumente der postdemokratischen Literatur durchaus demokratietheoretische Relevanz haben. Im dritten Abschnitt werden zwei Schulen postdemokratischer Theoriebildung erörtert, die als »Fundamentalisten« und »Postfundamentalisten« umschrieben werden können.¹ Im abschließenden vierten Abschnitt werden die Ergebnisse der vergleichenden Analyse zusammengeführt. Es wird argumentiert, dass die Theorien der Postdemokratie jenseits von theoretisch bedeutsamen Differenzen übereinstimmend einem lückenhaften und wenig angemessenen Staatsverständnis anhängen. Ein solches Forschungsdesiderat könnte behoben werden durch eine normative

¹ Bei dieser Differenzierung beziehe ich mich auf die Studie von Marchart (2010).

Rekonstruktion demokratischer Sittlichkeit jenseits des bloßen effizienztheoretischen Wahlaktes.

2 Krisenszenarien der Demokratie

Krisenbeschreibungen »der« Demokratie sind keineswegs neu. Seit Anbeginn demokratiethoretischer Überlegungen wurden und werden stets Probleme, Konflikte und Ungereimtheiten demokratischer Politik diskutiert (vgl. Schmidt 2010). Überraschend ist die These einer gegenwärtigen demokratischen Krise auch deswegen nicht, da die Probleme der Demokratie offensichtlich und zahlreich sind. Die Bürger vertrauen den Akteuren und Prozessen demokratischer Politik immer weniger, die Beteiligung an den klassischen und institutionalisierten Partizipationsformen ist nahezu überall rückläufig, es mehren sich Klagen über die »Qualität« der demokratischen Beschlüsse und für viele ist die sogenannte »Parteienverdrossenheit« treffliches Anzeichen für eine schleichende Auszehrung des normativen Gehalts demokratischer Prozesse. Flankiert werden solche »Klagen« allerdings von neuen Formen politischer Mobilisierung. Nicht nur in Stuttgart leben »Wutbürger«, eine unorthodoxe politische Mobilisierung ist auch an anderen Orten zu vernehmen (vgl. von Beyme i.d.B.). Insofern könnte davon ausgegangen werden, dass »alte« Formen demokratischer Partizipation von »neuen« Formen politischer Mobilisierung abgelöst werden.

Armin Schäfer (2010) zeigt jedoch, dass die unterschiedlichen Partizipationsmuster gesellschaftlich bedeutsame Konsequenzen zeitigen. Insbesondere in Ländern mit ungleicher Einkommensverteilung könne durch Wahlen – also Formen der »orthodoxen« Partizipation – noch das demokratische Ideal der Gleichheit einigermaßen gewährleistet werden. In den neuen Formen der Mobilisierung sei jedoch ein eindeutiger sozialer Bias zugunsten der oberen Einkommensschichten festzustellen. Eine ähnlich verzerrte soziale Repräsentation macht Merkel (2011b) auch für die vor allem in der Schweiz feststellbaren Formen direktdemokratischer Partizipation aus. Insofern kann kaum von einer bloßen Ablösung unterschiedlicher Partizipationsformen die Rede sein; im Gegenteil zehrt sich die eine Partizipationsform aus, wohingegen neuere Partizipationsformen (als auch direktdemokratische Formen der Bürgerbeteiligung) gegen das grundlegende demokratische Prinzip der Gleichheit systematisch verstoßen.

Allerdings hängt der Grad der demokratiethoretischen Frustration vom Grad der demokratiethoretischen Erwartungen ab. Wolfgang Merkel zeigt, dass wir gegenwärtig in

einer in vielen Hinsichten besseren Welt leben als noch vor zwanzig oder dreißig Jahren. Der Grad bürgerlicher Freiheiten ist größer, die Integration von Menschen mit nicht dem Mainstream entsprechenden Lebensstilen gelingt ebenfalls besser (Merkel 2011a). Ist die Krise der Demokratie also ein gern kolportierter Mythos? Die Enttäuschung hängt von unserem demokratietheoretischen Vorverständnis ab. Es gibt minimalistische Demokratietheorien (Schumpeter hat zum Beispiel eine solche vorgelegt), aber auch normativ anspruchsvollere Versionen, die sich vor allem in der Tradition von Jean-Jacques Rousseau befinden und demokratische Politik explizit auf das *selbstbestimmte* Ausrichten auf das Gemeinwohl sowie eine gesellschaftliche und individuelle Emanzipation ausrichten (was unter der Rousseauschen Metapher einer *volonté générale* verstanden werden könnte). Die Enttäuschung über »die« Demokratie ist daher abhängig von den »Versprechen der Demokratietheorie« (Norberto Bobbio) (vgl. Buchstein/Jörke 2003).

Als gemeinsamer Boden der normativ unterschiedlich ambitionierten Demokratietheorien kann ausgemacht werden, dass ein bestimmtes Volk durch partizipatorische Verfahren, die dem Prinzip der Gleichheit genügen müssen, nicht nur über das politische Führungspersonal bestimmen soll, sondern das Volk damit auch einen spürbaren Einfluss auf die ihren Interessen und Präferenzen entsprechende Politik im Sinne von Policies haben soll (ohne dies jedoch mit problematischen Formen von normativen Gemeinwohl-Metaphern weiter aufzuladen).

Ein solches Minimalverständnis der Demokratie wird systematisch von der gesellschaftlichen und vor allem in Europa voranschreitenden politischen Entgrenzung untergraben. Demokratie und Demos haben ihren festen Raum verloren. Und dieses Problem wird nicht nur in der gegenwärtigen globalen Finanzkrise und den ihr folgenden Krisenreaktionen ersichtlich (Scharpf 2011, Streeck 2011, 2012b), sondern verstärkt einen Grundtenor im vielstimmigen Chor der Kritiker, die eine unzureichende demokratische Qualität der Europäischen Union und dem transnationalen Regieren bereits vor der Großen Rezession beklagt haben (vgl. Jörke/Take 2011, Möllers 2008). Professionell hat die Politikwissenschaft auf diese Situation reagiert, indem sie das effiziente Regieren in entgrenzten Räumen mit dem *Governance*-Begriff erfassen will.

Leistungsfähiges Regieren ist zentrale Kategorie in den dominanten Theorien und Ansätzen der *Governance*-Forschung. Ein solches Regieren unter den Bedingungen der Entgrenzung und Interdependenz impliziert effizientes Problemlösen jenseits territorialstaatlicher Grenzen durch ein Zusammenspiel unterschiedlichster (also staatlicher sowie nichtstaatlicher) Akteure.

Output-Legitimation sei dann das »major game in town« in dieser Form politikwissenschaftlich-theoretischer Betrachtungen der Welt. Eine solche Effizienztheorie kann allerdings kaum Aufschluss geben über die Bedingungen einer sittlichen Begründung des gemeinschaftlichen Handelns. So ruht diese Forschungsperspektive auf einem „vorpartizipativen (...) Demokratiebegriff“ (Streeck 2008: 14, vgl. Offe 2008). Governance-Ansätze richten ihr Augenmerk nicht auf die Bedingungen sittlicher Gemeinschaftsvergewisserung, dies wird kaum als entscheidend für effizientes Problemlösen angesehen. Governance ist also „nicht eine Theorie sozialer Integration, sondern eine ökonomische Effizienztheorie“ (Streeck 2008: 17). Und in einer solchen Perspektive fallen systematisch die institutionellen Prozesse der kollektiven Selbstvergewisserung demokratischer Selbstbestimmung und wechselseitiger Anerkennung aus dem Forschungsraster.

Ein solches Dilemma des Regierens in entgrenzten Räumen kann schwerlich aufgehoben werden; die Demokratiefrage drängt sich erneut der Politikwissenschaft auf (Zürn 2011). Während einige Autoren in der Krise des Euroraumes für einen bedeutsamen Schritt in Richtung demokratischer Staatswerdung Europas plädieren (Bofinger/Habermas/Nida-Rümelin 2012, Habermas 2011), versuchen andere aus therapeutischen Gründen unsere Erwartungshaltung zu korrigieren. Insbesondere für das Regieren in Europa gehe es darum, „den Demokratiebegriff zu verabschieden und ihn durch den des legitimen Regierens zu ersetzen“ (Jörke/Take 2011: 294). Auf die Frage, wie denn nun legitimes Regieren in entgrenzten (europäischen) Räumen beschaffen sei, verweisen die Autoren auf Formen der input-/throughput-/output-Legitimität. Nach kritischer Diskussion möglicher Legitimationsquellen in allen drei Bereichen enden die Autoren (allerdings normativ recht ernüchternd) mit der Feststellung, dass Legitimität auch in diesen drei Phasen der Politikentwicklung eher schwer herzustellen sei; es sei allenfalls noch eine sich wie auch immer ausdrückende *Akzeptanz* gegenüber einer leistungsfähigen Politikgestaltung zu erhoffen.²

Die Theorien der Postdemokratie fokussieren just solche Probleme zeitgenössischen Regierens in entgrenzten Räumen und differenzierten Gesellschaften. Die gesellschaftlichen Differenzierungen und der Verlust eines eindeutig fassbaren Raumes für Demokratie und

² Hier decken sich diese Ausführungen mit dem Konzept der »monitoring democracy« von John Keane (2009). Auch dort wird das diffuse (globale) Netzwerk unterschiedlichster politischer Akteure seitens der jeweiligen Bevölkerungen lediglich durch »Bewunderung« und »Verdienst« gerechtfertigt.

Demos werden als zentrale Probleme der Demokratietheorien in allen der im Folgenden analysierten Theorien behandelt. Insofern ist die Krise der Demokratie auch kein »Mythos«, sondern diese Herausforderungen der Demokratie machen es erforderlich, aus theoretischer Perspektive neu über Politik und Demokratie nachzudenken (Zürn 2011).

3 Theorien der Postdemokratie – Traditionen, Perspektiven, Implikationen

Der Begriff der Postdemokratie ist vielschichtig, er mag gefährlich, ungenau und irreführend sein (Buchstein/Nullmeier 2006), auf alle Fälle ist der Begriff der Postdemokratie aber eine Verlegenheitslösung. Immer wenn das Präfix »Post« eingesetzt wird, dann signalisiert dies eine eher ratlose Vermutung, das alte (»goldene Zeitalter«) neige sich dem Ende zu, aber es sei noch nicht zu erkennen, wodurch sich das neue Zeitalter auszeichne.

So vielschichtig der Begriff der Postdemokratie ist, so diskussionswürdig ist die Auswahl der im Folgenden erörterten Demokratietheorien. Nur wenige Autoren – wie z.B. Colin Crouch (2004, 2011) – benutzen den Begriff der Postdemokratie offensiv, andere Autoren meiden den Begriff (wie z.B. Niklas Luhmann). Werden diese Autoren im Folgenden trotzdem in die Analyse postdemokratischer Theorieentwürfe integriert, dann ist dies vor allem damit zu begründen, dass ihre Krisenperzeption gleich (postdemokratisch) ausgerichtet ist und sie für eine umfassende Revitalisierung der Demokratie plädieren – wenngleich, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, auf unterschiedlichen theoretischen und normativen Pfaden.

Eine bedeutsame Position in der postdemokratischen Debatte wird von Colin Crouch vertreten (2004, 2011). Ausgehend von einer Dominanz neoliberaler Ideen und dem Voranschreiten der Vermarktlichung immer weiterer Lebens- und Politikbereiche spricht er von einer Postdemokratie in dem Sinne, dass die institutionellen Hüllen demokratischer Politik durchaus noch vorhanden seien; allerdings würden sie ausgezehrt und dem Primat des Kapitals untergeordnet.³ Wenn eine solchermaßen ausgezehrt Demokratie an den Fäden des Kapitals hänge, dann sei es kaum mehr verwunderlich, dass sich programmatische Unterschiede zwischen den Parteien einebnen würden, die Partizipation in den klassischen Institutionen einbrechen würde. Für Crouch kann diese Misere durch eine Reaktivierung der (transnationalen) Zivilgesellschaft behoben werden. Insofern trifft sich dieser

³ Vgl. die durchaus ähnliche Diagnose (und Polemik) von Günter Grass, der in der gegenwärtigen deutschen Demokratie eine „Freiheit nach Börsenmaß“ ausmacht (Grass 2005).

Therapievoranschlag mit einer Fülle weiterer Vorschläge, die demokratische Partizipation, die Wiederbelebung des Demos durch unterschiedlichste Formen der verstärkten direkten Demokratie, der partizipationsgeneigten Lotterie und ähnlichem zu stärken versuchen (vgl. unter anderem die Beiträge von Buchstein (2009a, b), Schäfer (2011) oder Schmitter (2011), um nur einige wenige zu nennen).

Solche Argumente in der postdemokratischen Debatte fußen auf der Annahme eines weiterhin gegebenen demokratiethoretischen Fundamentes realer Demokratien. Für diese »*Fundamentalisten*« gilt es daher, aufbauend auf einem vorhandenen letzten Grund der Demokratietheorie die Formen, Inhalte und Prozesse der Demokratie (meist zivilgesellschaftlich oder durch Reformen demokratischer Partizipationsinstitutionen) wieder zu stärken.

Just diese Gegebenheit eines demokratiethoretisch tragenden (ontologisch zu greifenden) letzten Grundes kann allerdings auch in Zweifel gezogen werden. Aufbauend auf einer begrifflichen Unterscheidung zwischen »der Politik« und »dem Politischen«⁴ gehen insbesondere die Linksheideggerianer (Agamben et al. 2012) davon aus, dass demokratische Politik sich letztlich als leere Hülle konsensual-verklärten Regierens darstelle.⁵ Das Politische hingegen sei universell und müsse durch eine allgemeine neue Sichtweise auf die Politik sowie durch eine beherzte Mobilisierung, antagonistische Kämpfe bzw. eine umfassende Politisierung (Mouffe 2007, 2011) oder gar durch Gewalt (Žižek 2010) in emanzipatorischer Hinsicht neu in die Welt gesetzt werden. Kurz, diese Literatur versucht demokratische Politik jenseits eines klaren ontologisch zu fassenden letzten Grundes zu denken, daher können sie auch als »*Postfundamentalisten*« bezeichnet werden.⁶

⁴ Diese begriffliche Unterscheidung geht zurück auf Jean-Jacques Rousseau, der den Bereich der »Politischen Ökonomie« (Regierung) vom Bereich der durch die *volonté générale* geprägten, unhintergehbaren Volkssouveränität unterschied.

⁵ An dieser Stelle setzt die mitunter heftige Kritik der »*Postfundamentalisten*« an der zeitgenössischen Politikwissenschaft an, die sich diesen Autoren zufolge »lediglich« um das Erfassen, Messen und Analysieren dieser formalen aber inhaltlich nicht zureichenden politischen Prozesse kümmere.

⁶ Diese begriffliche Unterscheidung folgt Marchart (2010). Es ist hervorzuheben, dass die *Postfundamentalisten* nicht jedweden Grund demokratischer Politik verneinen, sie sehen aber keinen letzten (ontologischen) Grund, auf dem Demokratie gründen könnte bzw. von dem demokratisch-adäquate Verfahren abgeleitet werden könnten, vgl. hierzu Marchart (2010) sowie Bedarf/Röttgers (2010).

Die »Fundamentalisten« und die »Postfundamentalisten« unterscheiden sich in der theoretischen Begründung ihrer Analysen, ähneln sich jedoch zum Teil in den Konsequenzen und Handlungsempfehlungen, die sie aus ihren Analysen ableiten. Letztlich können sich beide Sichtweisen darauf einigen, dass Demokratie (im normativen Wortsinne) neu begründet werden müsse. Allerdings sind die theoretischen Begründungen dieser Forderungen unterschiedlich. Während die erste Schule noch von einem klassischen Verständnis der Demokratie ausgeht, dekonstruiert die zweite Gruppe unser Verständnis von demokratischer Politik. Diese Dekonstruktion führt zur These, dass weder Gesellschaft noch Demokratie in heutiger Zeit einen festen und ontologisch allerletzten Grund haben können. In der Folge stehe demokratische Politik (jenseits postdemokratischer »Hüllen«) also vor einer unmöglichen Aufgabe: Demokratische Politik sei universell, ja das Politische sei der wahre Ort der Gemeinschaftsstiftung und -integration, und nur das Politische könne Halt für die Gesellschaft bereitstellen, was mitunter in einer Forderung nach einer »neuen« politischen Ethik gipfelt (Marchart 2010). Aber hierbei kann sich Politik nicht auf letztendliche Wahrheiten oder Seinsaussagen beziehen. Das (im universellen Sinne demokratische) Politische müsse also aus der Kontingenz der modernen Welt Gemeinsinn aus sich selbst heraus schaffen.⁷

Ohne festen Grund und durch Kontingenz⁸ gekennzeichnet könne das Politische dies nicht umfassend erreichen, da sie bei allen Anstrengungen einer Gemeinschaftsstiftung jeweils scheitern *müsse*. Demokratische Politik sei daher die Sphäre des bedingten Kampfes, der den »Gegner« nicht vernichten aber überflügeln müsse, und deshalb könne es auch – in Anschluss an die Argumente von Hannah Arendt – in der Politik nie um Wahrheit gehen (Thaa 2011, vgl. Obracaj 2012). Demokratische Politik sei daher das bedingte Setzen, dem kein

⁷ Diesen Aspekt bringt Oiver Marchart mit Verweis auf Cholewa-Madsen so auf den Punkt: „Demokratie macht das Scheitern der Gründung zur eigenen Grundlage (...) Demokratie erweist sich als eine Form des Zusammenlebens, in welcher Kontingenz – die Abwesenheit eines letzten Grundes – als *notwendig* erachtet wird. Wo hingegen ungebrochenen Mythen vorgeblicher Gesetze der Geschichte oder Marktzwänge das Handeln bestimmen, dort kann im strengen Sinn nicht länger von Demokratie die Rede sein. In diesem Punkt der Paradoxisierung des Demokratiebegriffs stimmen postfundamentalistische Theorien meist überein. Demokratie sei »*etwas Spannungsreiches* (Laclau und Mouffe), sie ist ein *Bestreben*; sie hat einen *künftigen* (Derrida) oder *differenziellen* (Critchley) Charakter – sie ist immer eine Demokratie-*im-Kommen*, sie ist ein *verschwindender Punkt* (Žižek), d.h. etwas, auf das wir uns dauernd *beziehen* müssen, das aber *nie erreicht werden kann* (Mouffe); ihr Wert ist *unbestimmt* (Laclau); und sie hat keine partikularen Ziele (Laclau); kurzum: Sie ist eine *>unmögliche< Aufgabe, die radikaldemokratische Verhältnisse möglich macht*« (Cholewa-Madsen 1994: 40 (...) Kurzum, Demokratie ist nur unter Bedingungen ihrer eigenen Ungründbarkeit zu haben (Marchart 2010: 331f., Herv. i.O.).

⁸ Vgl. zur Ideengeschichte des Kontingenz-Begriffs jüngst Vogt (2011).

Wahrheitsgehalt zugeschrieben werden könne. Kurz: Demokratie in einem radikalen Sinne jenseits postdemokratischer Auszehrungen sei die politische Akzeptanz der Bedingtheit, die politische Akzeptanz umfassender Kontingenzen.⁹

Während die »Fundamentalisten« immer noch bemüht sind, die Gesellschaft zum Zwecke der Absicherung demokratischer Formen, Prozesse und Inhalte zu mobilisieren, argumentieren die »Postfundamentalisten«, dass die Gesellschaft sich so gewandelt habe, dass die Rolle der Politik heute eine andere sei. Hierauf machte früh Niklas Luhmann (2010) mit seiner Konzeption der Weltgesellschaft aufmerksam. In funktional differenzierten Teilsystemen gäbe es zwar noch strukturelle Kopplungen, allerdings sei die Eigenlogik (»Codes«) der subsystemischen Entwicklung entscheidend. Der Staat sei in dieser Sichtweise kaum mehr Steuerungssubjekt und Hüter sittlicher Prinzipien. Daher sei die Theorie der Politik auch von »falschen« oder unangemessenen Begriffen zu entschlacken. Statt Legitimation sei Popularität zum Beispiel entscheidend. Die Politik habe ihren Sinn in permanentem Entscheiden – »Politik als Theater« also, so effektiv wie der Regentanz der Hopi-Indianer (Luhmann 2010: 113). Wenn der Blick auf die staatliche Administration gelenkt werde, dann sei diese eher als »Wasserturm« zu denken, der eine Abhängigkeit der Menschen vom Staate impliziere. Auch Willke (als besonnener Luhmannianer) kann in staatlichen Verwaltungen nichts anders sehen als »Zwangsversicherungsgemeinschaften« oder allgemein eine »Zwangsverwaltungswirtschaft« (Willke 2001: 48, vgl. auch aus ähnlicher Perspektive Blühdorn 2006, 2011).¹⁰

Ebenso radikal argumentieren die Linksheideggerianer im Hinblick auf die zeitgenössische Staatlichkeit. Während für Hobbes der Leviathan die bildliche Metapher seiner Philosophie darstellte, ist als bildlich-metaphorische Versinnbildlichung des modernen Staates in der

⁹ Zur Unterscheidung zwischen beiden Schulen mag die metaphorische Differenz zwischen Psychologen und Psychoanalytikern hilfreich sein. Die Fundamentalisten, gedeutet als Psychologen, versuchen »Defekte« der menschlichen Seele zu beheben und Verhaltensweisen an die Hand zu geben, mit denen die »Defekte« durch veränderte Sichtweisen und Handlungsweisen korrigiert werden können. Die Postfundamentalisten hingegen, gedeutet als Psychoanalytiker, gehen von nicht hintergehbaren Rissen und Bodenlosigkeiten der menschlichen Seele aus. Dies könne nicht verändert werden, allerdings könne dieser Zustand durch eine Analyse bewusst gemacht werden, was den Menschen (hoffentlich) daran hindert, an der inneren Zerrissenheit zugrunde zu gehen.

¹⁰ Bei der Luhmannschen Systemtheorie handelt es sich über weite Strecken um eine aus theoretischer Perspektive »marktradikale Lösung« der Absolutsetzung von Gesellschaft, in der die „Einheit des Sozialen (...) schlechthin ortlos“ bleibt (Ladwig 2006: 132). Insofern sind in der Luhmannschen Systemtheorie die normativen Grundlagen der gesellschaftlichen Integration und die hierfür zentrale Bedeutung staatlicher Politik perspektivisch *nicht* zu erfassen.

Denktradition der Linksheideggerianer die Polizei (Rancière 2002), das Panoptikum (bzw. das panoptische Gefängnis) (Foucault) oder gar das Lager (von Auschwitz) (Agamben) prägend. In einer solchen Fassung des Staates sind kaum Quellen für eine demokratische Sittlichkeit angelegt. Slavoj Žižek spitzt diese Sichtweise in marxistischer Manier zu: „the very evidence of the state, as an apparatus of class dominations, is a fact of violence“ (Žižek 2010: 88f). Ein Zustand des zeitgenössischen postdemokratischen Staates, der also kaum als legitim zu beurteilen sei. Und daher sei auch der revolutionäre Akt gegen einen solchen Staat legitim – auch wenn kaum eine Vorstellung darüber bestehe, was eigentlich zu tun sei. „Today we do not know what we have to do, but we have to act now, because the consequence of non-action could be disastrous“ (Žižek 2010: 95).

Ein verbindendes Element »fundamentalistischer« als auch »postfundamentalistischer« Theorien der Postdemokratie liegt in der apodiktischen und undifferenzierten Sichtweise moderner Staatlichkeit. Postdemokratische Theorien sehen in der zeitgenössischen Staatlichkeit keinerlei Anzeichen für eine demokratische Sittlichkeit.¹¹ Im Gegenteil erscheint der administrative Staat auch bei den Fundamentalisten eher als Quelle der »Kolonialisierung der Lebenswelt« (Habermas), als Einschränkung individueller (negativer) Freiheit. Eine solche These kontrastiert mit der Einschätzung, dass gerade in finanzkapitalistischen Zeiten die Marktakteure Regeln benötigen, damit eine selbstzerstörerische Dynamik der Märkte eingehegt werden kann. Dies sei der Grund „why politics and political power are essential under capitalism, and indeed a politics that supports capitalist markets, not by *supporting* but by *counterbalancing and constraining* them, so as to *protect them from themselves*“ (Streeck 2012a: 25, Herv. i.O.). Es brauche also „*non-capitalist politics* capable of defining and enforcing general interests in the sustainability of human society“ (Streeck 2012a: 26, Herv. i.O.).

Postdemokratische Theorien sind – bei allen Differenzen ihrer theoretisch-traditionellen Verortung – in normativer Hinsicht aber *keine* Theorien der Entpolitisierung. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die einschlägigen Handlungsanweisungen – aufbauend auf unterschiedlichen Krisendiagnosen – kulminieren in vielfältigen, aber im Kern doch eindeutigen Folgerungen einer angestrebten Revitalisierung des demokratischen Konfliktes

¹¹ Zum Begriff der Sittlichkeit vgl. Beckert 2011, Honneth 2011a, Jochem 2012.

durch zivilgesellschaftliche Akteure, einer Ausbreitung einer neuen demokratischer Kultur auch über territorialstaatliche Grenzen hinweg.¹²

Ein Manko dieser Revitalisierungsstrategie liegt zumindest bei den »Postfundamentalisten« darin, dass zwar von einer Aktivierung und Revitalisierung ausgegangen wird, allerdings die Ziele, Mittel und Zwecke hierzu weitgehend unklar bleiben. Hier rächt sich in dieser Gruppe der postdemokratischen Theorien die Radikalität des dekonstruktivistischen Ansatzes in Anlehnung an Heidegger. Die Entblößung der Begriffe endet in der Anerkennung purer Kontingenz und Beliebigkeit – die doch durch die (radikal-)demokratische Politik gerade überwunden werden sollte. Insofern verwundert es auch nicht, dass in dieser Theorietradition der feste Grund in einer neuen »demokratischen Ethik der Selbstentfremdung« gesehen wird (Marchart 2010: 342-350). Eine solche politische Ethik gründe auf der auch rechtlich einzufordernden Erkenntnis, dass jedes Individuum mit sich selbst nicht identisch sei und insofern jegliche Festlegung der Identität – und Identitätsüberprüfung – abzulehnen sei. Die Verbindung zwischen einer politischen Ethik und einer »grund-losen« Bestimmung der Demokratie sei durch den Begriff der Solidarität zu bewerkstelligen. Allerdings einer Solidarität nicht unter Fremden oder mit Fremden, sondern die radikaldemokratische Ethik nach Marchart hieße: „Anerkennung des Anderen auf der Grundlage der eigenen Selbstentfremdung. Denn ist Letztere einmal anerkannt, wird man weiters unterstellen können, dass auch der Fremde ein Fremder seiner selbst ist – und ihn nicht an die Ketten seiner mutmaßlichen Identität legen“ (Marchart 2010: 360f.).

In einer solchen Zuspitzung der linksheideggerianischen Theorie der Postdemokratie offenbart sich ein zentraler Mangel dieser Theorieschule. Dass der zeitgenössische Mensch ontologisch »grund-los« sei, dies wäre ja noch zu akzeptieren, aber daraus eine »grund-lose« Theorie der Demokratie zu folgern, die in einer ethischen Beliebigkeit mündet, dies widerspricht in gewisser Weise dem normativen Status demokratischer Politik als letzte

¹² Eine wichtige Ausnahme stellt der Beitrag von Buchstein (2009a,b) dar. Ausgehend von seiner Einschätzung, dass sich das Modell der deliberativen Demokratie erschöpft habe und sich auch nur unzureichend zur weiteren Rationalisierung demokratischer Politik eigne, argumentiert er für eine Stärkung des Zufallsprinzips bei der Bildung von »mini-publics«, von »deliberative opinion polls« und ähnlicher durch das Los ergänzte Verfahren der demokratischen Entscheidung. Wenn die übrigen postdemokratischen Theorien von einer Entzauberung des demokratischen Prinzips ausgehen, dann versucht Buchstein wieder durch den Zufall (oder das Schicksal) einen gewissen Zauber in die Demokratie zu bringen. Ob sich allerdings die kompetitiven und auf Machtmehrung ausgerichteten Akteure des demokratischen Lebens an eine auf diese Weise bedingte Entscheidungsfindung gebunden fühlen, kann mit guten Gründen bezweifelt werden.

begründende Instanz der Vergemeinschaftung. Solche Mängel »postfundamentalistischer« Theoriebildung sind bei einer vergleichenden Bewertung postdemokratischer Theorien und der Suche nach möglichen Forschungsdesideraten in Anschlag zu bringen.

4 Fazit

Die Rede von postdemokratischer Auszehrung der Demokratie kann aus empirischer Perspektive als schwer erträgliche Zuspitzung unterschiedlichster Herausforderungen demokratischer Herrschaft im Zeitalter der Entgrenzung und sozialen Differenzierung bewertet werden (Merkel 2011a) – gleichwohl offenbaren die hier behandelten postdemokratischen Theorien ihre normative Brisanz. Wenn die vielfältigen Theorien schlaglichtartig nach der in ihnen vorgebrachten Ist-Analyse sowie den daraus abgeleiteten Forderungen einer »Therapie« unterschieden werden (vgl. Tabelle 1), dann zeigt sich, dass in den meisten Beiträgen eine Stärkung der Zivilgesellschaft, eine Intensivierung des politischen Konfliktes sowie gar – in marxistischer Tradition – von Žižek auch eine aktive oder subversive Revolution (im Sinne Ghandis) angestrebt wird. Somit zeigt sich, dass die meisten Theorien der Postdemokratie eine vermeintliche Entpolitisierung der Demokratie vehement kritisieren.

Vor allem bei den »Postfundamentalisten« fällt auf, dass diese philosophischen Projekte auf eine rationalistische »Entzauberung« der Demokratietheorie ausgerichtet sind.¹³ Einzig bei Agamben (und im Lager der »Fundamentalisten« bei Buchstein) erfolgte der Versuch einer erneuten »Verzauberung« durch einen Rückgriff auf theologische Argumente (Agamben) oder das Schicksal bzw. den Zufall (Buchstein). In den anderen postfundamentalistischen Beiträgen hingegen wird durch die Dekonstruktion des politischen Lebens die These einer Politik ohne Bestimmungsgrund abgeleitet. Insofern sei es die Aufgabe der Theorien der Postdemokratie, diese »Grundlosigkeit« zu thematisieren und zu Bewusstsein zu bringen; allerdings könne demokratische Politik diese Zerrissenheit nicht wieder versöhnen.

¹³ Dieser Begriff der »Entzauberung« bezieht sich auf die These von Max Weber, der zufolge im Projekt der Moderne inhärent eine Rationalisierung, eine Entzauberung aller Lebensbereiche wirke. Es scheint, als habe diese Entzauberung nun auch den Bereich der Demokratietheorie erreicht.

Tabelle 1: Aspekte postdemokratischer Theorien im Vergleich

Autor/en	Diagnosen	Konsequenzen
<i>»Fundamentalisten«</i>		
Ingolfur Blühdorn	Komplexität der Gesellschaft, Entpolitisierung der Demokratie, Effizienzsteigerung als Meta-Ziel	Evolution der Demokratie, Politische Kommunikation als »Simulation« der Demokratie
Hubertus Buchstein	Erschöpfung der deliberativen, der rationalen Momente in der Demokratie	Losverfahren als gezielte Ergänzung zu bzw. in den demokratischen Foren, »Verzauberung« der Demokratie durch Zufall/Schicksal
Colin Crouch	Herrschaft des Kapitals und der Experten, globale Firma als Schlüsselinstitution der Postdemokratie	Stärkung der Zivilgesellschaft, Regulierung des Kapitals, »zurück« in die zukünftige Zeit eines geordneten Kapitalismus
Axel Honneth	Krise der Anerkennung in vielen gesellschaftlichen Bereichen, »Verwilderung« sozialer Konflikte und demokratischer Politik	Stärkung der Zivilgesellschaft und Neubelebung demokratischer Kultur auf transnationaler Ebene
John Keane	Transnationale Netzwerkbildung in Politik, Gesellschaft, Medien	Wechselseitige Verflechtung, Legitimation durch »Bewunderung« und »Verdienst«
Niklas Luhmann	Demokratie als Paradoxon, Demokratie ist vor allem »Theater«	Entschlackung unserer normativen Erwartungen an demokratische Politik, steuerungsunfähige Politik in der Weltgesellschaft anerkennen
<i>»Postfundamentalisten«</i>		
Giorgio Agamben	Politik als Spektakel, Lager (Auschwitz) als Metapher für den demokratischen Staat, »unreine« Politik	Neue »messianistische« Politik, »Glück« als Leitbild einer »reinen« Politik, aufgeladen mit theologischen Metaphern
Jacques Rancière & Chantal Mouffe	Demokratische Politik degeneriert zum demoskopisch ausgefütterten Konsens und zur Verrechtlichung	Im politischen Raum gilt es, Politik als Dissens zu beleben, Politik ist Agonismus, also Kampf ohne Abrede der Legitimation von Interessensunterschieden
Slavoj Žižek	Auszehrung der Demokratie durch Kapitalismus, Klassenherrschaft als »demokratischer« Terror	Gewaltsame Mobilisierung gegen den Klassenstaat, Diktatur des Proletariats, passive Revolution als subversive Unterwanderung demokratischer Macht (in der Tradition von Gandhi)

Quelle: Eigene Darstellung. Die Autoren beider Schulen postdemokratischer Theoriebildung sind in jeweils alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.

Die Leistungsfähigkeit dieser höchst unterschiedlichen theoretischen Perspektiven auf »die« Postdemokratie ist nicht einfach zu beurteilen. Grundsätzlich kann kritisiert werden, dass die

Auszehrungen der Demokratie nicht der empirischen Realität entsprechen und daher theoretisch überhöht dargestellt seien (Merkel 2011a). Akzeptiert man jedoch die normative Relevanz der postdemokratischen Kritik am Demokratiegehalt in den zeitgenössischen differenzierten Gesellschaften und dem Regieren in entgrenzten Räumen, dann erscheinen viele »Therapien« durchaus altmodisch. Die Hoffnung von Colin Crouch (2004, 2011) über eine orthodoxe zivilgesellschaftliche Mobilisierung »zurück« in die demokratische Zukunft zu gelangen überzeugt ebenso wenig wie die Honnethsche Hoffnung auf eine transnationale kulturelle Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Bei den »Postfundamentalisten« sollte die philosophische Ambition nicht aus dem Auge des Betrachters geraten. Die Heideggerianische Dekonstruktion endet im »Grund-losen« der Kontingenz. Aber gleichzeitig – und hierin liegt eine durchaus positiv zu wendenden Pointe dieser Theoriegattung – wenden sich die Linksheideggerianer gegen eine Absolutsetzung des Sozialen – in der Tradition von Luhmann oder Blühdorn – und argumentieren für eine unerlässlich normative Verpflichtung des Politischen zur Begründung der Demokratie. Insofern endet eine Dekonstruktion des Begriffes der Demokratie in einer normativ aufgeladenen Forderung nach universeller Aktivierung des Politischen.

Zentrales Manko beider Schulen postdemokratischer Theorien ist ein eher apodiktisches und wenig differenziertes Verständnis zeitgenössischer Staatlichkeit. Bei den »Fundamentalisten« als auch bei den »Postfundamentalisten« dominieren Sichtweisen auf den Staat, die staatlicher Politik die Fähigkeit zu einer demokratischen Sittlichkeit absprechen (Jochem 2012). Staatlichkeit in ihrer zeitgenössischen Form wird somit entweder aus theoretischen Gründen ausgegrenzt (Luhmann), zivilgesellschaftlich überlagert (Crouch, Honneth) oder aus dekonstruktivistischen Gründen als Quelle der Unterdrückung oder gar eines »demokratischen Terrors« (Žižek) gebrandmarkt. Eine solche Sichtweise auf den Staat verstellt den offenen Blick auf die vielschichtigen Facetten zeitgenössischer Staatlichkeit und erschwert so deren normativ adäquate Berücksichtigung.

Aufbauend auf Überlegungen von Honneth (2011a,b) argumentiere ich an anderer Stelle (Jochem 2012), dass ein solchermaßen verkürztes Staatsverständnis dazu führt, dass andere Quellen demokratischer Sittlichkeit – jenseits des effizienztheoretischen Wahlaktes – aus der Entwicklung der Demokratietheorie systematisch ausgeblendet werden. Mögliche Quellen demokratischer Sittlichkeit könnten *erstens* im Bereich einer staatlich induzierten materiellen Gleichheit liegen (jenseits der Anerkennungsdiskussion, vgl. Fraser/Honneth 2003, weiterführend: Merkel 2011a, Wilkinson/Pickett 2009). Eine weitere Quelle demokratischer

Sittlichkeit könnte *zweitens* in demokratischen Vermittlungsverfahren der Solidarität sowie eines (administrativen) „good government“ liegen (Rothstein 2011, Uslaner/Rothstein 2012). Eine *dritte* Quelle möglicher demokratischer Sittlichkeit könnte sich in einer Regionalisierung des Staates und den dortigen Vermittlungsverfahren zwischen Bürgern und Verwaltung finden lassen. Und eine *vierte* und letzte Quelle demokratischer Sittlichkeit könnte im Bereich einer Demokratisierung des Kapitalismus liegen, wie sie vor allem in Formen des genossenschaftlichen Wirtschaftens in kleinen regionalen Zusammenhängen zu beobachten ist. Solche möglichen Quellen demokratischer Sittlichkeit stellen Forschungsdesiderate für die Weiterentwicklung der normativen Demokratietheorie dar. Eine angemessene Wahrnehmung moderner Staatlichkeit sollte im Verfahren einer normativen Rekonstruktion demokratischer Sittlichkeit auf diese Facetten ebenso abzielen wie diese Rekonstruktion in der Lage sein sollte, die international beobachtbaren Differenzen zeitgenössischer Staatlichkeit zu berücksichtigen.

Literaturverzeichnis

- Agamben, Giorgio et al., 2012: Demokratie?, Berlin: Suhrkamp.
- Beckert, Jens, 2011: Die Sittlichkeit der Wirtschaft. Von Effizienz- und Differenzierungstheorien zu einer Theorie wirtschaftlicher Felder, MPIfG Working Paper 11/8, Köln: MPIfG.
- Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt (Hrsg.), 2010: Das Politische und die Politik, Berlin: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur, 2006: Billig will ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 72-83.
- Blühdorn, Ingolur, 2011: Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden: Nomos, 45-74.
- Bofinger, Peter/Habermas, Jürgen/Nida-Rümelin, Julian, 2012: Einspruch gegen die Fassadendemokratie, in: FAZ vom 4. August 2012, S. 33.
- Buchstein, Hubertus, 2009a: Demokratie und Lotterie. Das Los als politisches Entscheidungsinstrument von der Antike bis zur EU, Frankfurt am Main: Campus.
- Buchstein, Hubertus, 2009b: Bausteine für eine aleotorische Demokratietheorie, in: Leviathan 37, 327-352.
- Buchstein, Hubertus/Jörke, Dirk, 2003: Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan 31 (4), 470-495.
- Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank, 2006: Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19 (4), 16-22.
- Crouch, Colin, 2004: Post-Democracy, London: Polity Press.
- Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben der Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy/Honneth, Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Grass, Günter, 2005: Freiheit nach Börsenmaß. Die Politik ist machtlos gegen die Ökonomie. Das gefährdet die deutsche Demokratie, in: DIE ZEIT 19/2005 (online-Version).
- Habermas, Jürgen, 2011: Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel, 2011a: Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel, 2011b: Verwilderung des sozialen Konflikts. Anerkennungskämpfe zu Beginn des 21. Jahrhunderts, MPIfG Working Paper 11/4, Köln: MPIfG.
- Jochem, Sven, 2012: Finanzkrise, Postdemokratie und Möglichkeiten demokratischer Sittlichkeit, Paper Präsentiert auf der Jahrestagung der DVPW in Tübingen, 26. September 2012.
- Jörke, Dirk/Take, Ingo, 2011: Vom demokratischen zum legitimen Regieren?, in: PVS 52, 2, 286-305.
- Keane, John, 2009: The Life and Death of Democracy, London: Simon&Schuster.
- Ladwig, Bern, 2006: Moderne Sittlichkeit. Grundzüge einer „hegelianischen“ Gesellschaftstheorie des Politischen, in: Buchstein, Hubertus/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution. Festschrift für Gerhard Göhler zum 65. Geburtstag, Baden-Baden: Nomos, 111-135.
- Luhmann, Niklas, 2000: Die Politik der Gesellschaft, hrsg. Von André Kieserling, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver, 2010: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang, 2011a: Die Krise der Demokratie als politischer Mythos, in: Bluhm, Harald/Fischer, Karsten/Llanque, Marcus (Hrsg.): Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte, Berlin: Akademie Verlag, 433-448.
- Merkel, Wolfgang, 2011b: Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon, in: WZB Mitteilungen, Heft 131, März 2011, 10-13.
- Merkel, Wolfgang et al., 2006: Defekte Demokratien, Band II, Wiesbaden: VS Verlag.
- Merkel, Wolfgang et al., 2003: Defekte Demokratien, Band 1, Opladen: Leske + Budrich.
- Möllers, Christoph, 2008: Demokratie – Zumutungen und Versprechen, Berlin: Klaus Wagenbach.
- Mouffe, Chantal, 2011: „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, in: APuZ 1-1/2011, 3-5.
- Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Obracaj, Jan, 2012: Die Entpolitisierung der Legitimation. Demokratie zwischen Substitution und Deliberation, Universität Konstanz, unveröffentlichtes Manuskript.
- Offe, Claus, 2008: Governance: »Empty Signifier« oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm? In: Schuppert, Gunnar Fole/Zürn, Michael (Hrsg.): Governance in einer sich wandelnden Welt, in: PVS Sonderheft 41, Wiesbaden: VS Verlag, 61-76.
- Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rothstein, Bo, 2011: The Quality of Government. Corruption, Social Trust, and Inequality in International Perspective, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Schäfer, Armin, 2011: Republican Liberty and Compulsory Voting, MPIfG Discussion Paper 11/17, Köln: MPIfG.
- Schäfer, Armin, 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 4, 131–156.

- Scharpf, Fritz W., 2011: Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy, MPIfG Discussion Paper 11/1, Köln: MPIfG.
- Schmidt, Manfred G., 2010: Demokratietheorien. Eine Einführung, 5. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmitter, Philippe, 2011: Diagnosing and Designing Democracy in Europe, in: Alonso, Sonia/Keane, John/Merkel, Wolfgang (eds.): The Future of Representative Democracy, Cambridge: Cambridge UP, 191-211.
- Streeck, Wolfgang, 2012a: How to Study Contemporary Capitalism?, in: European Journal of Sociology, LIII, (1), 1-28.
- Streeck, Wolfgang, 2012b: Markets and Peoples. Democratic Capitalism and European Integration, in: New Left Review 73, Jan/Feb 2012, 63-71.
- Streeck, Wolfgang, 2011: The Crisis in Context. Democratic Capitalism and Its Contradictions, MPIfG Discussion Paper 11/15, Köln: MPIfG.
- Streeck, Wolfgang, 2008: Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus: Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung, MPIfG Working Paper 08/7, Köln: MPIfG.
- Thaa, Winfried, 2011: Politisches Handeln. Demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Hannah Arendt, Baden-Baden: Nomos.
- Uslaner, Eric M./Rothstein, Bo, 2012: Mass Education, State-Building and Equality. Searching for the Roots of Corruption, QoG Working Paper Series 2012: 5, Gothenburg: The Quality of Government Institute.
- Vogt, Peter, 2011: Kontingenz und Zufall. Eine Ideen- und Begriffsgeschichte, Berlin: Akademie Verlag.
- Willke, Helmut, 2001: Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate, 2009: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Žižek, Slavoj, 2010: A Permanent Economic Emergency, in: New Left Review, July/August 2010, 85-95.
- Zürn, Michael, 2011: Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2011, 63-74.